

Wahlkampf 2017



**Das
ist
Spannung
pur!**

Trotz eines lahmen Wahlkampfes

**Wir haben die Wahl zwischen Freiheit und Demokratie auf
der einen und dumpfem Nationalismus auf der anderen Seite**

Wer wählt eigentlich eine Partei wie die AfD? Diese Frage stellte das Meinungsforschungsinstitut „policy matters“ im Auftrag der Hans-Böckler Stiftung Anfang des Jahres 2017 Bürgern unseres Landes. 5000 Personen ab 18 Jahren wurden befragt. Es ging um ihre politische Einstellung, ihre Werteorientierung und ihre Ansicht über die Welt der Arbeit. In der Analyse des In-

stitutes werden einige Ergebnisse deutlich. Der Aussage, ob es unsere Gesellschaft immer weiter auseinander treibt, stimmten 53% der Befragten zu. Gesellschaftlichen Zusammenhalt - mit dieser Aussage stimmten nur 23% zu. Die Zukunft der Kinder war 55% der Menschen wichtig. Außerdem hatten 49% Sorgen um ihre Altersversorgung. Etwa 50% fühlten sich von der Politik nicht ausreichend vertreten und 49% sind der Meinung, dass durch politische Entscheidungen andere Gruppen besser gestellt werden als die eigene.

Faktoren wie die Ablehnung von Zuwanderung und Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation sind

große Antriebe, sich rechtspopulistischen Parteien wie der AfD zuzuwenden und sie auch zu wählen. Dabei gibt die Wirklichkeit der eigenen sozialen Lage oft nicht den Ausschlag, sondern die gefühlte eigene Situation. Nach der Studie leben mögliche AfD Wähler nicht in prekären finanziellen Verhältnissen. Obwohl sich in der Gesamtbevölkerung nur etwa 46% aller Deutschen Sorgen um ihre persönliche Zukunft machen, sind es bei den AfD Wählern immerhin 67%. Eine Gruppe, die besonders viele Berührungspunkte mit diesen Rechtspopulisten hat, hat ein Einkommen unter 2500 Euro und einen mittleren Schulabschluss wie die Studie ergab und ist mehrheitlich der Meinung „Was mit mir passiert, wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“. (www.boeckler.de)

Das sind auch die Folgen einer neoliberalen Wirtschaft, die das Wohl des Menschen ausschließlich unternehmerischen Interessen unterordnet.

**Man bekommt immer die
Anführer, die man verdient!**



Erschütternd!!!

Recht und Gerechtigkeit

von Robert Hülsbusch



Kommentar
von
Joachim F. Gogoll

www.joachim-gogoll.de



Zu schnell gefahren! Es blitzte!

Ja, ich war der Fahrer des geblitzten Autos. Ja, ich gebe meinen Verstoß zu und bin mit dem Bußgeld einverstanden. Da, wo ich in geschlossener Ortschaft nur 30 km/h fahren durfte, fuhr ich - nach Abzug des Toleranzwertes - 51km/h. Ich kam von der Arbeit, war gedanklich noch mit einem Problem dort beschäftigt und war nicht aufmerksam genug. Eigentlich bin ich Fan der Tempo-30-Regelung in geschlossener Ortschaft. Also bezahle ich die 108,50 Euro und kassiere den Punkt in Flensburg. Meine Ge-

danken wandern weiter: Ich habe mich mit meinem Auto nicht an die Regeln gehalten. Dafür werde ich bestraft. Was ist mit den Autokonzernen und deren Manager? Auch die haben sich mit ihren Autos nicht an Regeln gehalten. Jahrelang haben sie bezüglich der Abgasemissionen ihre Käufer geschickt und hinterhältig betrogen. Sie haben der deutschen Wirtschaft milliardenschweren Schaden zugefügt. Und vor allem: Sie haben die Luft mit ihren schamlosen Betrug, mehr als erlaubt war, verpestet, haben so der Umwelt einen großen Schaden zugefügt und die Gesundheit von Millionen von Menschen aufs Spiel gesetzt. Und das alles in Absprache untereinander und möglicherweise mit Wissen politischer Institutionen. Und das aus niedrigen Beweggründen, aus Gier und dem ewigen Streben nach Gewinnmaximierung. Das nenne ich organisiertes Verbrechen. Die Konzerne bilden in dieser Frage eine kriminelle Vereinigung.

Ich übernehme für meinen Verstoß die Verantwortung und akzeptiere die Strafe. Wann und wie werden die Verantwortlichen in der Automobilindustrie für ihre Vergehen bestraft? Mein Gefühl für Recht und Gerechtigkeit verlangt danach. Alles andere wäre eine Enttäuschung.

Niederlage

Bei dem Kampf gegen den Freihandelsvertrag CETA haben wir erklärten Gegner eine herbe Niederlage erlitten. In NRW ist es uns nicht gelungen, die 67000 Unterschriften für eine Volksinitiative zu bekommen. Es waren schließlich nur ca 40000. Damit haben wir unser erstes Ziel, nämlich den CETA-Vertrag zur Beratung an das NRW Landesparlament zu überweisen, nicht erreicht. Das ist allerdings noch nicht das Ende. Attac-COE wird mit seinen Verbündeten auch zukünftig über diese Art von Freihandelsverträgen und ihre möglichen schädlichen Auswirkungen auf uns Bürger informieren und den Widerstand organisieren.

Wussten Sie schon, dass

in der Bundesrepublik dringend 35 Milliarden Euro gebraucht werden, um in das marode Schulsystem investiert zu werden? Zu große Klassen, weil zu wenige Lehrer, Unterrichtsausfall, heruntergekommene Schulgebäude, dringend mit modernster EDV ausgestattete Klassen. Alles das benötigt Geld. Statt dessen lassen wir unsere Kinder im Stich und sorgen nicht dafür, dass sie alle eine gute schulische Ausbildung erhalten. Unsere Kinder sind unsere wichtigste Ressource für die Zukunft.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

info(at)joachim-gogoll.de
www.joachim-gogoll.de

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Martin Niemöller (deutscher evangelischer Theologe * 14.01.1892, † 06.03.1984)

Lobbyisten an der Macht

Wer kennt ihn nicht den Satz: „Sozial ist was Arbeit schafft“. Als Ergebnis von intensiver Lobbyarbeit, wurde und wird er gerne von einigen Politikern benutzt, um jede auch noch so unfaire Bezahlung von Arbeitnehmern zu rechtfertigen. „Sozial ist was Arbeit schafft, von der man auch ohne finanzielle Unterstützung des Staates leben kann.“ Jüngstes Beispiel von gelungener Lobbyarbeit von Seiten der Autoindustrie sind die für die Unternehmen selbst so harmlosen Beschlüsse der Bundesregierung zum Thema „Abgas skandal“. Wir Bürger müssen nun dafür zahlen, dass die Fahrzeughersteller so gut wie ungeschoren aus der von ihnen verschuldeten Misere herauskommen. Warum darf das hochgiftige und umweltzerstörende Glyphosat noch produziert und in Deutschland verkauft werden?



Wieso eigentlich dürfen Ministerien Gesetzesvorlagen von privaten und hochbezahlten Anwaltskanzleien schreiben lassen? So stärkt man sicherlich nur die Wahlenthaltung der Bürger.